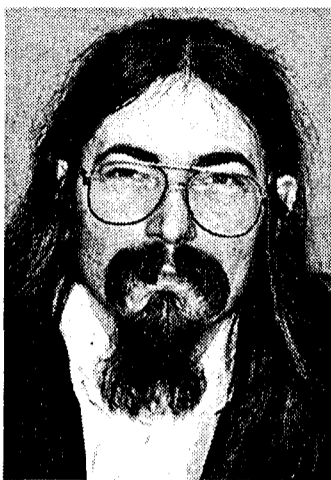


„Blockaden gehen ins Leere“

■ Der Atomexperte Michael Sailer vom Öko-Institut in Darmstadt fordert eine neue Entsorgungsdebatte: End- und Zwischenlager, um die Wiederaufarbeitung zu stoppen

taz: Die Plutoniumfabrik in Hanau wird leergeräumt. Ein Teil des Materials, die 205 MOX-Brennelemente für den schnellen Brüter, wird jetzt vielleicht in den USA in Bombenstoff verwandelt; der große Rest heizt via La Hague und Sellafield den europäischen Plutoniumkreislauf an oder wird von den Stromkonzernen zwischengelagert. Was befürwortet das Öko-Institut?



Michael Sailer nimmt seit Jahren die Energiebranche unter die Lupe
Foto: Kai Horstmann

Michael Sailer: Sicher nicht die Wiedereinführung in den Plutoniumkreislauf. Wir sagen ganz klar: Das Material muß zwischengelagert und dann endgelagert werden. Leider sind die 2,4 Tonnen Hanauer Plutonium [Pu] das kleinere Problem für Deutschland. Das größere Problem ist, daß in der WAA in La Hague und zum Teil auch in Sellafield jedes Jahr weitere fünf Tonnen deutsches Plutonium durch die Wiederaufarbeitung freigesetzt werden. Man muß diese Pu-Erzeugung stoppen. Es muß also jetzt eine neue Entsorgungsdebatte geben. Es ist notwendig, daß sich die Anti-AKW-Bewegung klarmacht, daß im Gegensatz zu vor 15 Jahren, als der Spruch kreierte, daß man über Entsorgung und Endlager erst dann diskutiert, wenn alle AKWs abgeschaltet sind, eine andere Situation mit sehr viel mehr Atommüll und Pu vorfindet als damals. Die Debatte muß jetzt geführt werden.

Aber dann muß man dieser Bewegung doch auch sagen können, für was sie sich einsetzen soll. Für ein Endlager in Gorleben?

Natürlich wäre es sinnvoll, wenn möglichst bald keine AKWs mehr laufen würden, weil dann die weitere Atommüllproduktion gestoppt würde. Dann würde es auch das Risiko eines atomaren Grobunfalls nicht mehr geben. Aber man wird gleichzeitig nicht den Blick davor verschließen können, daß schon massenhaft Atommüll da ist. Heute geht der Großteil des Atommülls von hier nach La Hague und Sellafield und wird dort vervielfacht. Jeden Tag wird in La Hague rund 2.000 mal mehr Radioaktivität in die Umwelt abgeblasen als am Standort eines deutschen AKW. Das Pu kommt als MOX-Brennelemente in deutsche

AKW zurück. Diese Tatsachen werden zur Zeit noch von der deutschen Anti-AKW-Bewegung verdrängt.

Also: Wer nicht will, daß in der WAA La Hague weitergearbeitet wird, der muß sich für Zwischen- und dann Endlagerung stark machen. Der Standortfrage wird aber laufend ausgewichen.

Ich habe schon oft darauf hingewiesen, daß es ein Trugschluß ist zu glauben, durch die Blockade einer Bahnstrecke bei Gorleben die Atomindustrie zu behindern. Die Atomtransporte an und für sich behindert man damit nicht. Die Transportbehälter mit den abgebrannten Brennelementen gehen dann eben nach La Hague oder Sellafield mit der größeren Umweltbelastung und mit dem Effekt, daß die Plutoniumindustrie systematisch am Leben erhalten wird.

Die Proteste gegen den Castor sind also unsinnig?

Ich kann die Leute in Gorleben verstehen, daß sie die Castor nicht haben wollen. Ich kann auch die Leute in Ahaus verstehen. Das sind Regionen, die nichts mit AKWs zu tun haben, die aber mit Nachfolgeprodukten belastet werden sollen. Aus dieser Sicht heraus sind die Proteste legitim. Sie sind aber nicht dazu geeignet, etwa das Ende der Atomindustrie zu erzwingen. Solange Transporte mit abgebrannten Brennelementen ungehindert und undiskutiert

quasi täglich nach Frankreich rollen, gehen die Blockaden in Gorleben ins Leere. Tatsache ist: Wenn die EVUs ihre abgebrannten Brennelemente noch sechs Jahre lang weiter zur Wiederaufarbeitung ins Ausland schaffen, dann hat Deutschland einen Berg von 60 Tonnen abgetrenntem Plutonium.

Also zwischenlagern und dann endlagern. Aber wo?

Ich will jetzt nicht sagen: Gorleben oder Ahaus. Am liebsten wäre es mir, wenn die Betreiber auf dem Betriebsgelände der AKWs Zwischenlager einrichten. Dann kann man sich schon einmal die Transporte sparen, und von Deutschland aus würde der Pu-Kreislauf nicht mehr angeheizt. Außerdem würden die AKW-Betreiber dann jeden Tag sehen, daß sie das Problem endlich lösen müssen. Der Vorschlag von Greenpeace, die Lagerbecken in den AKWs dafür zu verwenden, ist technisch nicht verantwortlich. Da müßte das ganze Reaktorsystem am Leben gehalten werden. Die Elemente müßten langfristig im Lagerbeckenwasser stehen, wobei es dann zu Korrosionsproblemen kommt. Aus sicherheitstechnischen Gründen müssen die Zwischenlager auf dem Be-

triebsgelände Trockenlager mit z. B. sicherheitstechnisch verbesserten Castor-Behältern sein.

Wir reden jetzt aber immer noch über die Zwischenlagerung.

Ja, aber so wird Zeit gewonnen für eine fundierte Endlagerentscheidung.

Ich rede über Deutschland, denn die Debatte über die Endlagerung deutschen Atommülls im Ausland bedeutet Atommüllexport – und damit faktisch St.-Florians-Verhalten. Das Atommüllproblem in Deutschland ist schon so groß, daß es ein deutsches Endlager geben muß. Eine Debatte über die Suche nach dem sicherheitstechnisch bestmöglichen Standort wäre allerdings einfacher zu führen, wenn kein neuer Atommüll durch den Weiterbetrieb der AKWs produziert würde. Die Devise muß lauten: Für den deutschen Atommüll in Deutschland den am besten geeigneten Endlagerstandort finden. Dazu wäre es wichtig, anders als für den nur aus politischen Gründen gewählten Endlagerstandort Gorleben, die geologischen Untersuchungen in den Mittelpunkt zu stellen.

Interview:

Klaus-Peter Klingelschmitt

Mit juristischen Niederlagen auf du und du CSU gewatscht

München (taz) – Mit Nachdruck hatte der bayerische Umweltminister Thomas Goppel versucht, von den KlägerInnen gegen MOX-Brennelemente im Atomkraftwerk Gundremmingen 146.000 Mark Beraterkosten zu kassieren. Die MOX-GegnerInnen sollten 94.185 Mark für die Abfassung von Schriftsätzen bezahlen, die der TÜV Bayern für das Umweltministerium verfaßte. Weitere 51.897,34 Mark sollten die KlägerInnen für die Hilfe des TÜV beim zweitägigen Prozeß abdrücken.

Diesem „plumpen politischen Einschüchterungsversuch“ (MOX-GegnerInnen-Anwalt Tillo Guber) schob der bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) jedoch endgültig einen Riegel vor. Mit dem jetzt bekanntgewordenen Beschluß vom 21. 11. 96 (Az. 22 A 94.40014 u. a.) wurde das Ansinnen des bayerischen Umweltministeriums zurückgewiesen. Goppels Forderung wäre nur dann rechtlich haltbar gewesen, wenn man die im Umweltministerium mit atomrechtlichen Genehmigungen befaßten Beamten als „mit der Materie nicht vertraute Laien“ anzusehen hätte. Doch genau das ist nach

Überzeugung der Obersten Verwaltungsrichter eben nicht der Fall. Sehr wohl seien die Ministerialbeamten in der Lage, sich im Prozeß selbst zu verteidigen und ihre Argumente darzulegen.

MOX-Anwalt Tillo Guber kommentierte die Entscheidung: „Hätte das Umweltministerium auch nur teilweise recht bekommen, wären gerichtliche Schritte normalverdienender Bürger gegen umweltgefährdende Großprojekte in Bayern weitgehend unmöglich geworden.“ Durch wirtschaftliche Sanktionen jeglichen Widerstand kaputtzumachen hätte das bedeutet, ergänzt der schwäbische Landtagsabgeordnete Raimund Kamm. „Schön, daß wir in einem Rechtsstaat leben, der der Willkür auch von CSU-Ministern Schranken setzt“, sagte er. Das Umweltministerium brauche nun mal keine zusätzliche und sündteure TÜV-Beratung, da man die entsprechenden Fachkenntnisse voraussetzen müsse. Erleichtert waren auch die MOX-KlägerInnen über die VGH-Entscheidung. Sie hatten befürchtet, Goppel wolle sie mit der „Geldkeule“ mundtot machen.

Klaus Wittmann

Castor mobilisiert Polizisten und Gegner

■ Bund und Länder einigen sich über das Begleitpersonal für Atomtransporte

Hannover (dpa/taz) – Die Polizei wird nach den Worten von Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) beim nächsten Atommülltransport nach Gorleben „gut vorbereitet“ sein. Die nächsten Castor-Behälter werden voraussichtlich „in der Zeit zwischen Februar und Mai nächsten Jahres“ unterwegs sein, sagte Glogowski am Montagabend in Hannover. Zwischen Bund und Ländern bestehe jetzt Einigkeit über die Zusammenarbeit in dieser Frage. „Das heißt, wir werden die entsprechenden Polizeikontingente bekommen und müssen nicht jedes Mal bettelnd durchs Land laufen.“

Nach dpa-Informationen soll der ursprünglich für diesen Herbst geplante dritte Atommülltrans-

port ins Zwischenlager Gorleben nun in der Woche vom 3. bis 7. März erfolgen. Dazu wollte Glogowski sich ebensowenig äußern wie zu dem Plan, sechs Castor-Behälter in einem Sammeltransport nach Gorleben zu bringen. Drei Behälter sollen aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague kommen, die drei anderen enthalten abgebrannte Brennstäbe aus den AKW Gundremmingen und Neckarwestheim.

Morgen, am Nikolaustag, sollen bundesweit Anti-Castor-Aktionen stattfinden. Die „Republik freies Wendland“ fordert, daß um 16 Uhr alle Räder der Bahn für 10 Minuten stillstehen. Und in Saarbrücken trifft man sich um 15 Uhr zu einer Aktion vor dem Bahnhof in der Mainzerstr. 35.

Socken kann man nicht lesen, und Parfums verfliegen.

Die taz möchte Sie beschenken!
Vermitteln oder verschenken Sie ein taz-Jahresabonnement! Dafür bedanken wir uns bei Ihnen mit einem bleibenden Wert:
10 Jahre Weltgeschichte auf CD-ROM.
Schöne Weihnachten!

Ich abonniere die taz. Ich verschenke ein taz-Jahresabo.

Das Abo erhält (Lieferadresse):

Name _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

Das Abo zahlt (Rechnungsadresse):

Name _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

Geschenk + Abogutschein werden verschickt an:

Rechnungsadresse Lieferadresse

Zahlungsart: gegen Rechnung

Zahlungszeitraum:

vierteljährlich halbjährlich jährlich

zum **PolitischenPreis** von 54 Mark im Monat (damit die taz leben kann)

zum **LeiderLeiderPreis** von 44 Mark im Monat (für alle, die's knapp haben)

zum **SoliPreis** von 34 Mark im Monat (für alle, die sich sonst überhaupt kein taz-Abo leisten könnten)

Inklusive Inlandsporto. Das Abo verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht drei Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Datum, Unterschrift: _____

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen ab Bestellung schriftlich bei der taz-Abteilung, PF 61 02 29, 10923 Berlin, widerrufen werden. Zur Fristenwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift: _____

Ich versichere, daß das oben gezeichnete Abo ein Jahr läuft.

Die CD-ROM-Version läuft auf den Betriebssystemen MS-DOS 5.0, Windows 3.1, Windows 95 oder Windows NT bei einem 386er Computer mit CD-ROM-Laufwerk, 4 MB RAM, Grafikkarte und VGA-Standardmonitor.

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von sieben Tagen ab Bestellung schriftlich bei der taz-Abteilung, PF 61 02 29, 10923 Berlin, widerrufen werden. Zur Fristenwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

taz, die tageszeitung.